



**Date:** 04.12.2017    **Type of media:** Print  
**Page:** 16    **Section:** Wirtschaft  
**Circulation:** 272.424    **Land:** Deutschland

## **Europlatz Frankfurt**

# **Für zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik**

Von Michael Heise

**R**ekordbeschäftigung, steigende Einkommen und Überschüsse im Staatshaushalt zeigen, dass es Deutschland wirtschaftlich gutgeht. Aber der Konjunkturaufschwung birgt auch Risiken: Er verstellt den Blick auf die Herausforderungen, die Deutschland zu bewältigen hat, um den wirtschaftlichen Erfolg zu sichern. So haben wir trotz der Zuwanderungswelle bereits ab 2020 mit einem Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zu rechnen, der sich bis 2050 auf sechs Millionen belaufen wird. Für die Gesellschaft wird das einen Wohlstandsverlust nach sich ziehen, wenn es nicht gelingt, die Wirtschaft effizienter zu gestalten, neue Technologien zu nutzen und die Qualifikation der Beschäftigten weiter zu verbessern.

Damit weniger Menschen mehr produzieren können, muss in Produktivitätsverbesserungen investiert werden. Daran hapert es. Die öffentliche Infrastruktur ist in vielen Bereichen sanierungsbedürftig und die digitale Infrastruktur unterentwickelt. Geld stünde zur Verfügung, doch da seit Jahren die Planungs- und Verwaltungskapazitäten in den Behörden schrumpfen und Fachleute fehlen, kann dieses Geld nicht schnell und produktiv eingesetzt werden. Wenig hilfreich ist in diesem Zusammenhang, dass man in Deutschland öffentlich-private Partnerschaften zum Tabu macht.

Erforderlich wären bessere Rahmenbedingungen für unternehmerische Investitionen, die um ein Vielfaches größer sind als öffentliche Investitionen. Die Zurückhaltung bei privaten Investitionsausgaben seit der Finanzkrise 2008 zeigt sich bereits in dem verlangsamten Wachstum des Kapitalstocks und der Arbeitsproduktivität. Die Gründe lassen sich nicht alle schnell durch die Politik beseitigen, wie etwa Sorgen über die Zu-

kunft des Euros und den Zusammenhalt der EU, über die Auswirkungen des Brexit oder unsichere Folgen neuer Technologien. Gerade deshalb sollte die Politik an Investitionshemmnissen ansetzen, die sie direkt beeinflussen kann: regulatorische Unsicherheiten wie in der Energiepolitik, Mängel in der Verkehrsinfrastruktur oder bei digitalen Netzen, die steuerliche Benachteiligung von eigenfinanzierten Investitionen oder Hürden für innovative Unternehmensgründungen. Viele Innovationen und Investitionsvorhaben dürften auch am Mangel an verfügbaren Fachkräften scheitern. Daher ist besonders die Aus- und Weiterbildungspolitik gefordert, das Qualifikationsniveau der Erwerbstätigen kontinuierlich zu steigern. Arbeit ist komplementär zum Faktor Kapital. Wenn man beide Seiten fördert, wird Deutschland als Investitionsstandort attraktiv sein.

Wirtschaftspolitik stand in den letzten Jahren nicht im Vordergrund der Politik. Auch in den Beratungen über mögliche Regierungskoalitionen kommt sie kaum vor. Vielmehr werden nach dem Scheitern der Jamaika-Koalition Umverteilungsmaßnahmen diskutiert, darunter höhere und frühere Renten, höhere Steuern für Besserverdiener, weniger Eigenverantwortung und mehr Staat bei der sozialen Absicherung. Eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik, die der deutsche Sachverständigenrat fordert, sähe anders aus.

Der Autor ist Chefvolkswirt der Allianz.

